

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1,20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeilher Straße 32, IV., Volkshaus  
Telephonat 755.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privat 40 Pfg. für die einseitige  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. - Inzerate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 13.

Sonnabend, den 25. März 1916.

20. Jahrgang.

## Zur Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften.

Von August Winnig.

In den letzten Wochen haben einige gewerkschaftliche Zentralverbände die Zahlen ihrer Mitgliederbewegung im Jahre 1915 veröffentlicht. Man kann sich bei der Beurteilung dieser Zahlen des Eindrucks nicht erwehren, daß der Mitgliederzuwachs in den Gewerkschaften doch nicht unwesentlich stärker ist, als die Zahl der zum Seeresdienst einberufenen Mitglieder rechtfertigen würde. Es sind jedoch erst die abschließenden Zahlen einiger Verbände bekannt und man tut darum gut, wenn man es einstweilen verweidet, allgemeine Schlüsse aus dieser Erscheinung zu ziehen. Andererseits ist die Sache aber auch zu ernst, um sie mit Stillschweigen zu übergehen; denn einem Uebel wird damit nicht gewehrt, daß man es übersteht, sondern man muß ihm dadurch zu Leibe rücken, daß man nach guter alter gewerkschaftlicher Gepflogenheit seinen Ursachen nachgeht und beizutreten auf Abhilfe bedacht ist.

Nach einjähriger Kriegsdauer zählten die Zentralverbände noch 1 180 489 Mitglieder. Kurz vor Kriegsausbruch, am Schlusse des zweiten Quartals 1914, hatten sie 2 510 585 Mitglieder gemustert. Da bis 31. Juli 1915 aber 1 081 404 Mitglieder zum Kriegsdienst einberufen worden waren, so ergab sich schon damals ein weiterer Verlust von 268 692 Mitgliedern. In Wirklichkeit aber war der Verlust fast doppelt so groß, denn innerhalb dieser Zeit hatten die berichtenden Verbände 249 887 neue Mitglieder aufgenommen, so daß sich ein Verlust von 512 529 ergibt.

Man hat sich in den Gewerkschaften sehr eindringlich damit beschäftigt, die Ursachen dieser höchst unerfreulichen Erscheinung zu erforschen und ist dabei zu sehr verschiedenen Urteilen gekommen. Ein Gewerkschaftsblatt meinte, in dieser Erscheinung äußere sich die Unzufriedenheit der Mitglieder mit der Haltung der Gewerkschaftsvorstände zu den tatsächlichen Fragen der Kriegszeit. Das ist sicherlich sehr falsch und man kann nur wünschen, daß diese persönlich sehr begabte Art der Untersuchung keine Nachfolger finden möge. Uebrigens würde man mit einer solchen Annahme dem gewerkschaftlichen Verständnis der abtrünnig gewordenen Arbeiter ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen, das mit dem Kampfsitz, auf den man doch ihren Zweck zu verweisen möchte, gar nicht harmonisiert. Man wird der Wahrheit viel näher kommen, wenn man die Ursachen nicht in dem Mangel der Ansichten über unsere tatsächliche Stellung, sondern in den organisatorischen und ökonomischen Ursachen sucht. So darf man wohl annehmen, daß die Zahl der zum Seeresdienst einberufenen Gewerkschaftsmitglieder um einige Zehntausend höher ist als sie in der Statistik erscheint. Insbesondere werden in den ersten Tagen der Mobilmachung viele Mitglieder in der Ueberführung der Ereignisse verabsäumt haben, sich bei ihrem Eintritt zum Seeresdienst ordnungsmäßig abzumelden. Viele verließen eilhaft ihren Arbeitsort, um noch ihre entfernt wohnenden Angehörigen zu sehen, keiner weiß, wo sie geblieben sind, man führt sie nicht in den Listen der Kriegsteilnehmer, und um ihre Zahl erhöht sich somit die Zahl der anscheinend verlorenen und abtrünnig gewordenen Mitglieder.

Allerdings vermindert dieser Erklärungsvorschlag den gesamten Verlust gänzlichfalls um einige Zehntausende, die Masse ist als tatsächlicher Verlust anzusehen. Ein kleiner Teil davon wird noch auf Ausländer entfallen, die gleichfalls, als sie bei der großen Arbeitsmobilisierung im Anfang des Krieges erwerbslos wurden, den Organisationsbereich verlassen haben, ohne sich bei ihrer Verwallung abzumelden. Was dann noch übrig bleibt, sind eben Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit Kriegsausbruch oder doch bald danach die Mitgliedschaft aufgaben. Es wird sehr darauf ankommen, wie sich die Mitgliederbewegung in den übrigen Monaten des abgelaufenen Jahres gestaltet hat. Wenn sich der oben angegebene Verlustbetrag auch nicht vermindert haben wird, so wird er doch auch nicht im gleichen Maße weiter gemacht sein. Die Masse des Verlustes entfällt auf die ersten sechs Monate der Kriegszeit. Unter dieser Annahme, von der man noch nicht weiß, in welchem Umfange sie zutreffen wird, läßt sich das Dunkel, das diesen Verlust umgibt, schon etwas erhellen.

Die ersten vier bis sechs Kriegswochen brachten dem Erwerbsleben die stärksten Erschütterungen. In manchen Berufen war die Hälfte und mehr aller Arbeiter erwerbslos. Die Existenz von Hunderttausenden schwebte plötzlich in der Luft. Das öffentliche Unterstufungswesen stand der Marmot rat- und hilflos gegenüber. Wohl haben die Gewerkschaften ihre Unterstufungseinrichtungen nicht auf; aber auch sie muhten an die Zukunft denken und darauf bedacht sein, daß ihre Kräfte nicht in wenigen Monaten verzehrt würde. Selbst bei weithinreichender Anwendung der statistischen Bestimmungen blieben doch viele Tausend der erwerbslosen Mitglieder ohne Unterstufung, weil sie noch nicht lange genug Mitglied waren. Bei ändern waren die Unterstufungen so gering, daß ihre Verbindlichkeit gegenüber den zerkündenden Einflüssen der großen Not nicht zur Geltung kam. So gingen große Massen verloren.

Eine andre Ursache des Verlustes ist die Störung und Unterbrechung der Verwaltungsarbeit in den örtlichen Organisationen. Ohne den Verwaltungsunterbau der Orts- und Unterabteilungen ist die moderne Gewerkschaft überhaupt nicht möglich. Die Zahl dieser Funktionäre ist außerordentlich groß, sie beträgt in unsern großen Verbänden je acht- bis zehntausend, insgesamt dürfte sie sechzig-, vielleicht achtzigtausend betragen. Hier rissen die Mobilmachung und die Arbeitslosigkeit gewaltige Lücken, und diese Störung der Beziehungen zwischen den Organisationen und ihren Mitgliedern wurde eben in vielen Fällen zur Zerkünderung - ein Vorgang, der auch in Friedenszeiten nur allzuoft zu beobachten war.

Sodann aber dürfen wir die tiefgreifende Umlagerung unseres Wirtschaftslebens nicht vergessen. Für einen zu jeder Zeit erheblichen Teil der Gewerkschaftsmitglieder ist die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation nicht der Ausdruck eines Pflichtgefühls und einer wurzelhaften Ueberzeugung, sondern eine durch die Verhältnisse auf den Arbeitsstätten bedingte Notwendigkeit, der man sich entzieht, sobald man sich außerhalb dieser Verhältnisse befindet. So eifrig man diesem Umstande durch unaufhörliche Propagierung der Solidarität entgegenzuwirken hat, so ist es doch bei dem hohen Zustrom frischer Arbeiterkassen erklärlich, daß man ihn bisher nicht beirritzen konnte. Die große Störung des Erwerbslebens riß Hunderttausende von Arbeitern aus ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis heraus. Als dann die Umformung unseres Wirtschaftslebens begann, als sich an Stelle der durch den Krieg Decimierten

Produktion eine spezielle Kriegsindustrie bildete, die nun einen großen Teil der dort frei gewordenen Arbeitskräfte einstellen konnte, sahen sich diese Arbeiter in einer völlig neuen Umgebung. Es fehlte zwischen ihnen das Band der Berufsgemeinschaft, sie kannten sich nicht, sie fühlten sich in den neuen Verhältnissen unfähig, es fehlte die gegenseitige Vertrauens- und Beeinflussung, die zusammen auf der früheren Arbeitsstätte die Zugehörigkeit zur Berufsorganisation notwendig gemacht hatten. Hier fehlte auch das Bewußtsein, daß die Organisation zur Wahrnehmung der Lohninteressen nötig und instanzhaft sei. So hörten für viele dieser Arbeiter der neu entstandenen Kriegsindustrie die Einkünfte auf, die ihnen sonst den Weg zur Organisation gewiesen hatten.

In diesen Umständen werden wir die Ursachen des Mitgliederverlustes zu suchen haben. Aber diese Ursachen erkennen, darf nicht heißen, sich ihnen zu beugen, sondern muß uns ein Ansporn sein, ihnen Wirkungen zu begegnen. Wir mühten abstrichlich die Augen verschließen, wollten wir ihre Gefahren nicht sehen. Wir mühten nunmehr mit allen Kräften bestrebt sein, nicht nur unsern jetzigen Bestand zu wahren, sondern darüber hinaus die in der ersten Hälfte des Krieges erlittenen Verluste wieder wettzumachen suchen. Auch für die Gegenwart mit ihrer Auskultung der friedensmäßigen Lohninteressenvertretung gilt die alte Wahrheit, daß nur der zu seinem Recht kommt, der sich streben darum bemüht. Die Erfahrungen bei den bisherigen Tarifverhandlungen reden da eine sehr eindringliche Sprache.

Aber sicher ist die Bedeutung der Entwicklung unserer Organisationen für die Zukunft noch viel größer. Wir müssen dafür sorgen, daß die jetzt im Felde lebenden Gewerkschaftsmitglieder bei ihrer Rückkehr Organisationen vorfinden, die in ihrer Aktionsfähigkeit Angehungskraft genug besitzen, um diese Massen reiflos wieder an sich zu fesseln. In dieser Aufgabe liegt der Schwerpunkt der gegenwärtigen Gewerkschaftsarbeit. Je näher wir dem Frieden zu kommen hoffen, um so eifriger haben wir zu rufen. Gewiß hat die gewerkschaftliche Agitation heute mit größeren Schwierigkeiten zu rechnen als sonst. Die Teuerung geht so sehr an der Kraft der Arbeiter, daß man mit einer starken Scheu, um allem auch noch Gewerkschaftsbeiträge zu zahlen, sehr ernsthaft zu rechnen hat. In Erkenntnis dieser Schwierigkeit hat man in einigen Verbänden bereits die Eintrittsgebühren ermäßigt. Auch der Belagerungszustand legt der Agitation Beschränkungen auf, an die man sich nur schwer gewöhnt. Aber andererseits hat der Krieg die Verdienste der Gewerkschaften um das Wohl der Arbeiter in ein so helles Licht gestellt, daß sie auch dem trübsten Auge sichtbar geworden sind. Und schließlich: es handelt sich hier um eine so außerordentlich wichtige Frage, daß uns Schwierigkeiten nicht abschrecken dürfen. Der Winter weicht, die Frühjahrsoffensive der Gewerkschaften muß beginnen!

## Eine deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft.

I.

Zeit zwei Jahrzehnten wird der Gedanke einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland lebhaft erörtert. Man ging von der Voraussetzung aus, daß Deutschland infolge seiner Lage im Herzen Europas in seiner wirtschaftlichen Ausdehnung behindert sei. Daraus erwuchs die Absicht, ihm ein größeres Betätigungsfeld zu schaffen, auf dem es sich ausdehnen könnte, unabhängig von dem Wohlwollen oder Uebelwollen der andern Weltmächte. Dieser Gedanke hat etwas sehr Bestehendes an sich, doch läßt sich nicht verkennen, daß sich seiner Verwirklichung heute und in absehbarer Zeit noch große unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen. Die Selbständigkeit der in Betracht kommenden Staaten ist noch zu groß und ihre Verhältnisse sind noch zu verschiedenartig, als daß eine dauernde wirtschaftliche Einheit geschaffen werden könnte. Darum haben die Gegenwartsökonomisten, die das Erreichbare erstreben, einstweilen ihr Ziel verfeinert und sich darauf beschränkt, für eine Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn einzutreten.

Für eine solche Wirtschaftsgemeinschaft sprechen neben politischen Gründen, die wir hier außer Betracht lassen, vor allen Dingen Gründe wirtschaftlicher Art. Zunächst kommt hier die räumliche Ausdehnung und die Bevölkerungszahl des neuen Wirtschaftsgebietes in Betracht. Deutschland hat eine Größe von ungefähr 540 000 Quadratkilometer mit 65 Millionen Einwohnern, Österreich hat eine Größe von rund 300 000 Quadratkilometer mit 28 1/2 Millionen Einwohnern und Ungarn hat eine Größe von 325 000 Quadratkilometer mit annähernd 21 Millionen Einwohnern. Das gesamte Wirtschaftsgebiet würde also eine Ausdehnung von weit über eine Million Quadratkilometer und eine Bevölkerungszahl von mehr als 100 Millionen aufweisen. Welche wirtschaftliche Arbeit ein solch umfangreiches Gebiet, dem so unendlich reiche natürliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, zu leisten vermag, leuchtet ohne weiteres ein. Und daß es in einer einheitlichen Zusammenfassung und in einem planmäßigen Hand-in-handarbeiten noch viel mehr leisten könnte, als in der bisherigen Vereinzelung, braucht wohl nicht weiter hervorgehoben zu werden. Als ein weiterer Umstand, der zugunsten dieser Wirtschaftsgemeinschaft spricht, kommt noch die Tatsache hinzu, daß bereits seit Jahrzehnten ein reger Austauschverkehr zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn besteht, der noch fortwährend im Wachsen begriffen ist. Die deutsche Einfuhr aus Österreich-Ungarn ist in den letzten zehn Jahren von jährlich 427 Millionen Mark auf 828 Millionen Mark, und die Ausfuhr nach Österreich-Ungarn in dem gleichen Zeitraum sogar von 511 Millionen auf 1105 Millionen Mark gestiegen. Wenn man diese Statistik betrachtet, so erklärt sich schon hieraus allein das Bestreben, die drei bisher getrennten Wirtschaftsgebiete zu einer Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzufassen.

Der Verein für Sozialpolitik hat in dankenswerter Weise über die wirtschaftliche Annäherung eine zweibändige Sammlung von Einzelarbeiten veröffentlicht, als deren Herausgeber Dr. Heinrich Dethlefsen zeichnet, und in der unser Thema von den verschiedenen Seiten aus beleuchtet wird.

Wenn man den Gründen nachgeht, die für oder gegen eine deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft sprechen, so liegen für Österreich-Ungarn folgende Gründe vor: Der Außenhandel dieser beiden Länder besteht bereits zu ungefähr 10 Prozent in einem Gütertausch mit Deutschland. Dies Verhältnis wird

noch inniger werden, wenn durch eine bis ins kleinste durchgeführte Arbeitsteilung die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der Industrie wesentlich gesteigert wird. Offenbar befindet sich die österreichisch-ungarische Volkswirtschaft zur Zeit der deutschen gegenüber noch in einem ziemlich rückständigen Stadium: Nicht nur die gewerblichen Betriebe arbeiten vielfach noch in allen überlebten Formen, sondern auch die Landwirtschaft liefert infolge ihrer veralteten Betriebsweise verhältnismäßig geringe Erträge. Österreich-Ungarn produziert eben zu teuer und hat auch zu mangelhafte Verkehrswege, wodurch sich die geringe Ausfuhr erklärt. Die Donaumonarchie leidet vorwiegend darunter, daß sie zur Zeit weder Agrarstaat noch Industriestaat ist, sondern sich in einem Uebergangsstadium befindet. Den andern Weltmächten gegenüber würde sie natürlich durch einen handelspolitischen Zusammenschluß mit dem Deutschen Reich wesentlich gewinnen, da die vereinigten Länder ein ungeheures Gewicht an Arbeitskraft und Kaufkraft in die Waagschale zu werfen vermöchten. Auch für Deutschland würde ohne Zweifel die geplante Wirtschaftsgemeinschaft von Vorteil sein. In erster Linie würde in die hochschulmännliche Abwertung der letzten Jahre in bezug auf Österreich-Ungarn eine Wende gelegt, was eine unnötige Verzerrung der von dort herkommenden Rohstoffe und Zwischenzeugnisse verhindern würde. Sodann würde die deutsche Volkswirtschaft ganz ungeheuer angepörrt und befruchtet werden, wenn sie statt eines Marktes von 70 Millionen Käufern einen solchen von 120 Millionen hätte. Da es einstweilen noch zweifelhaft ist, wieviele ausländische Wirtschaftsbeziehungen es nach dem Kriege wieder aufknüpfen kann, so ist es unter allen Umständen daran interessiert, sich in Österreich-Ungarn und darüber hinaus in den Balkanstaaten und der Türkei neue Absatzgebiete zu sichern. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Deutschland als das Herz Europas durch die Abwertungspolitik seiner Gegner viel schwerer bedroht ist als seine Verbündeten. Und darum ist ein Anschluß an die Donaumonarchie von der größten Bedeutung, zumal da diese wirtschaftliche Gemeinschaft durch ein politisch-militärisches Bündnis und durch eine Volksgemeinschaft unterlegt wird. Zwar gibt es in Österreich-Ungarn noch zahlreiche Volksteile, die dem Deutschland ablehnend oder feindselig gegenüberstehen, was nicht zum wenigsten auch auf wirtschaftliche Gegensätze zurückzuführen ist; aber wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird eine wirtschaftliche Annäherung manche nationale Vorurteile beseitigen.

Als Gründe gegen eine Wirtschaftsgemeinschaft liegen sich anführen, daß der eine Bundesgenosse, der in diesem oder jenem Wirtschaftsgebiet überlegen ist, den andern erdrücken und ihn außerdem zwingen würde, wertvolle handelspolitische Beziehungen zu andern Staaten aufzugeben. Diese Gefahren liegen sich aber beseitigen, wenn der Uebergang zu der neuen Wirtschaftsform nur allmählich, unter Verhütung der gegebenen Verhältnisse und unter Schonung der gegenwärtigen Interessen vollzogen wird. Die Befürchtung, daß die Staaten, die heute mit Deutschland oder Österreich-Ungarn Wirtschaftsverträge haben, im Falle einer Wirtschaftsgemeinschaft zu Verpelungsmassregeln greifen würden, ist unbegründet. Die verschiedenen Staaten haben sich an die ungleiche Behandlung in politischen Dingen bereits betätigt gewöhnt, daß sie eventuelle Benachteiligungen, wenn auch widerwillig, mit in den Kauf nehmen. Anders liegt die Sache natürlich auf dem finanziellen Gebiet, wo die Beseitigung der Zollschranken einen Ausfall an Einnahmen bedeutet, der sicherlich von der Staatskasse des betreffenden Landes als unangenehm empfunden wird. Aber diese Schwierigkeiten dürfen nicht dahin führen, ein solch großes Werk wie die geplante Wirtschaftsgemeinschaft zum Scheitern zu bringen. Ueberhaupt müssen hierbei veraltete Anschauungen und Vermählungen aufgegeben, und es muß ein Zustand geschaffen werden, bei dem beide Vertragsparteien eine Sicherung und Förderung ihrer Interessen finden.

## Krieg und Uebervölkerung.

Es gibt viel zu viel Menschen! Dieser Stoßausrufer entzang sich früher oft der Brust des behäbigen Spießers, wenn er in behaglicher Ruhe beim Dämmerschoppen saß und durch irgendeine Uebenheit im menschlichen Wirtschaftsgebiete aus seiner stillen Behaglichkeit aufgeschreckt wurde. Und dann wünschte er als Allheilmittel einen kräftig-tröstlichen Krieg herbei, der seiner Meinung nach das „Uebel“ der Uebervölkerung und damit auch alle Not gründlich beseitigen müßte. Natürlich wollte er selbst nur von weitem zusehen, wenn sich die Völker gegenseitig die Köpfe einschlugen. Für das eigene Ad haben beide Naturen stets die allergößte Hochachtung...

Der seltsame Malthus, der vor über hundert Jahren die Uebervölkerungstheorie wissenschaftlich begründete, ist längst tot. Seine Theorien, die kein Gerinnere als Karl Marx gründlich widerlegt hat, spielen jedoch trotzdem weiter. Und gerade vor Ausbruch dieses Weltkrieges stand die Frage der Ueber- und Entvölkerung im Mittelpunkt wissenschaftlicher Diskussionen: mit mehr oder weniger Geduld verarbeiteten beide Richtungen ihre Ansichten. Der statistisch nachgewiesene Geburtenrückgang, resultierend aus der großen Unruhe der Erwerbsverhältnisse und wirtschaftlichen Teuerung, was ganz naturgemäß in vielen Familien zur Beschränkung der Kinderzahl geführt hat, rückte manchen übernatürlichen Feststellungen das Gesicht der Entvölkerung vor Augen, wobei auch politische Momente eine Rolle spielten. Albert Schäffke und Mahan haben zur Deutung der Geburtenrückgänge erdichteten das Bild der Welt. Die maleich herrschende harte Wirtschaftskrise gab der anderen Richtung Stoff zur Verfeinerung der wissenschaftlichen Ansicht, daß es zu viel Menschen gibt.

Seute herricht der Krieg Millionen Männer haben an der Front in Gruppen und Garnisonen. Millionen Mädchen sind dem Kriege bereits zum Opfer gefallen. Die Verwirklichung der in unheimlichen Massen vorhandenen Idee von der Vermehrung der Uebervölkerung der Erde durch einen Krieg hat leider nur zu greifbare Gestalt angenommen. Ob aber heute auch nur noch einer der früher für ihre Idee begeisterten Malthusianer der Meinung ist, daß dieser schreckliche Krieg ihr „Ideal“ verwirklicht habe, ver allem mit dem davon verprochenen Erlöse eines späteren Ueberflusses der Menschheit? Wohl kaum! Schon allein aus menschlichkeitsgefühl wird jeder ein Ende dieses entsetzlichen Auswüchses herbeiwünschen. Aber was haben „Uebervölkerung“ Malthusianer wird auch längst die Einsicht aufgedämmert sein, daß gerade der Krieg im Endeffekt ein

